

NEWSLETTER

POLITIK AUF DEN PUNKT GEBRACHT.

Ausgabe vom 11. November 2022



Inhalt

Leitantrag der
Woche

Initiativen der
Sitzungswoche

Situation der
Biogasanlagen

Terminrückschau
Delegationsreise

Terminvorschau

CDU

Liebe Leserinnen und Leser,

unsere Demokratie ist ein wertvolles Gut. Und doch erleben wir hierzulande manchmal eine verzerrte Auffassung von freier Meinungsäußerung. Für Einige scheint es legitim zu sein, Demonstrationsauflagen zu verletzen, Hände auf die Straße zu kleben, widerrechtlich in Gebäude einzudringen und das Eigentum anderer zu beschädigen - kurzum andere, teilweise auch Unbeteiligte, zu schädigen. Das hat nichts mit Demokratie zu tun und erfordert eine Null-Toleranz-Politik, wie wir sie in unserem Leitantrag dieser Woche zum Ausdruck bringen.

In Zeiten von Lieferkettenengpässen und dem Ruf nach mehr Produktion im eigenen Land hin zu mehr Regionalität ist Bundeskanzler Scholz nach China gereist. Export und Handelsbeziehungen haben in der Vergangenheit einen enormen Beitrag zu unserem Wohlstand und unserer Wirtschaftsstärke geleistet. Dies müssen wir beibehalten, aber wir benötigen eine neue Sichtweise auf unsere eigene Binnenwirtschaft und müssen mit Blick auf die Beziehung mit China unsere Strategie neu ausrichten und unsere Souveränität stärken.

Die Lebensmittelversorgung und Ernährungssicherheit zu gewährleisten ist nicht nur bei uns eine der vordringlichen Herausforderungen sondern auch im europäischen und weltweiten Kontext. Interessante Erfahrungen und Einblicke habe ich bei dazu bei meiner Delegationsreise nach Kenia und Sambia in Afrika sammeln dürfen. Der Austausch mit den rund 150 Gesprächspartnern hat bei mir bleibende Eindrücke hinterlassen.

Ich wünsche Ihnen weiterhin alles Gute,

Ihr

Hermann Färber MdB



Bildquelle: CDU/CSU Bundestagsfraktion.

Straßenblockierer und Museumsrandalierer härter bestrafen – Menschen und Kulturgüter vor radikalem Protest schützen

Was als friedliche Demonstration für das wichtige Anliegen des Klimaschutzes begann, hat sich in den vergangenen Wochen und Monaten in Teilen zu einem destruktiven Protest gewandelt. Dieser Protest nutzt in Form von Straßenblockaden kriminelle Mittel und gefährdet dabei auch Leib und Leben von Menschen. Polizei- und Rettungskräfte werden angegangen und bei der Rettung von Verletzten behindert. Das ist kein politischer Aktivismus - das sind Straftaten. Und Straftaten sind keine Form demokratischer Meinungsäußerung. Diese Radikalisierung dürfen wir nicht akzeptieren. In unserem Leitantrag der Woche fordern wir deshalb: Der Rechtsstaat muss hier entschlossen reagieren. Zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger und auch unserer Kulturgüter brauchen wir angemessene Strafen für Straßenblockierer und Museumsrandalierer. Ich bin der Meinung, dass es immer Möglichkeiten gibt, für gute und wichtige Anliegen einzutreten und dabei gleichzeitig niemand zu gefährden.

Links

Link zum Antrag der CDU/CSU: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/043/2004310.pdf>

Link zur Debatte: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw45-de-strassenblockierer-920026>



Neue China-Strategie: Deutschlands strategische Souveränität stärken

Aus Anlass der China-Reise des Bundeskanzlers befasste sich der Bundestag diese Woche im Rahmen einer Aktuellen Stunde mit den Eckpfeilern der deutschen China-Politik. Der Bundeskanzler hat mit seiner Stippvisite in Peking Schaden angerichtet. Europäische und transatlantische Partner sind verwundert, Xi Jinping wurde in Szene gesetzt, Deutschland steht als Bittsteller da. Dem Bundeskanzler fehlt hier der strategische Weitblick nach Asien: China wird in den kommenden Jahrzehnten ein politischer und ökonomischer Wettbewerber sein. Die Bundesregierung muss eine China-Strategie vorlegen, die Realismus an die Stelle von Naivität setzt, und die vor allem deutsche Interessen schützt und nicht durch Verkäufe unsere kritische Infrastruktur wie am Hamburger Hafen gefährdet.

Bürgergeld im Bundestag beschlossen - Bundesratsbeschluss steht noch aus

Das SGB II regelt die Hilfe für Arbeitslose in der Grundsicherung. Die Ampel plant mit der Einführung des „Bürgergeldes“ eine umfassende Reform, bei der die Regelsätze über die Inflationsanpassung hinaus angehoben werden sollen. Zudem wird u. a. eine sechsmonatige sanktionsfreie Karenzzeit eingeführt und das anrechnungsfreie Schonvermögen erhöht.

Mit diesem Entwurf geht die Bundesregierung den nächsten Schritt hin zur schleichenden Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Das Prinzip des Förderns und Forderns hat sich hingegen bewährt: Nur mit der Aufnahme einer dauerhaften Erwerbstätigkeit kann Hilfebedürftigkeit nachhaltig beendet werden. Mit dieser Haltung stehen wir nicht alleine da; auch der Landkreistag, das Handwerk, der Städtetag, die Bundesagentur für Arbeit und nicht zuletzt der Bundesrechnungshof mahnten das Vorgehen der Ampel-Regierung an.

Angesichts der Inflationsentwicklung müssen die Regelsätze zwar dringend zum 1. Januar 2023 angehoben werden, unsere Kritik an der Aussetzung der Sanktionen und an den hohen Schonvermögen bleibt jedoch bestehen. Der Bundestag hat die Umwandlung der Hartz-IV-Grundsicherung in ein Bürgergeld am Donnerstag beschlossen, allerdings steht die Abstimmung dazu im Bundesrat noch aus.

Änderung des Atomgesetzes

Die Ampel gibt seit Monaten keine klare Antwort bei der Frage der Laufzeitverlängerungen für die drei verbleibenden deutschen Kernkraftwerke. Nach derzeitiger Gesetzeslage müssten diese zum 31. Dezember 2022 den Leistungsbetrieb einstellen. Damit würden zusätzlich 6 Prozent grundlastfähige Stromkapazitäten aus dem aktuellen Stromproduktionsmix wegfallen. Der Anteil an Gasverstromung im deutschen Strommix ist immer noch sehr hoch.

Bereits vor Wochen haben wir einen Entwurf vorgelegt, mit dem die befristete Laufzeitverlängerung der drei Kraftwerke zügig auf den Weg gebracht werden kann. Die Ampelfraktionen haben unseren Entwurf zur Änderung des Atomgesetzes zunächst ausgebremst und nach dem „Machtwort“ von Bundeskanzler Scholz nun einen Entwurf vorlegt, der einen befristeten Weiterbetrieb bis zum 15. April 2023 vorsieht.



Änderung des Atomgesetzes

Diesen unzureichenden Entwurf der Ampel lehnen wir ab: Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung geht davon aus, dass die Energiekrise noch bis mindestens 2024 andauern wird. Der Weiterbetrieb bis Mitte April 2023 wird nicht zu den Preisdämpfungseffekten führen, wie es bei einer Verlängerung bis Ende 2024 der Fall wäre. Somit werden die positiven Effekte eines erhöhten Stromangebots nicht genutzt. Die Bundesregierung untersagt ferner den Einsatz neuer Brennelemente und erklärt damit die Energiekrise im Strombereich ab dem 16. April 2023 für beendet. Dieser Ansatz ist schlichtweg kurzsichtig. Der der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vorgelegte Gesetzentwurf mit einer Laufzeitverlängerung bis Ende 2024 trägt den aktuellen Herausforderungen eindeutig besser Rechnung.

Schweinehalten durch die Krise helfen

Viele Schweinehalter in Deutschland erleben aufgrund der Corona-Pandemie, Exporteinschränkungen aufgrund der Afrikanischen Schweinepest (ASP), steigenden Energie- und Produktionskosten sowie Verschärfungen im nationalen Tierschutzrecht bislang unbekannte Marktverwerfungen. Viele Schweinehalter in Deutschland müssen deshalb aufgeben. Die Bundesregierung wird daher von meiner Fraktion aufgefordert, die Schweinehalter finanziell im Rahmen der kurzfristigen Krisenhilfe zu unterstützen. Wir brauchen eine unbürokratische Umsetzung - ebenso für bislang nicht Antragsberechtigte und in finanzielle Schieflage geratene Schweinehalter. Zusätzlich sollen notwendige Stallumbauten gefördert und eine Herkunftskennzeichnung eingeführt werden. Kantinen und Verpflegungseinrichtungen sollen ermutigt werden, Fleisch- und Wurstwaren vorrangig aus Deutschland zu beziehen.

Die besondere Situation der Biogasanlagen

Besonders viele Rückmeldungen erhalte ich seit letzter Woche zur Situation der Biogasanlagen. Wirtschaftsminister Habeck hat geplant, Erträge bei Biogas- und Solaranlagenbetreiber rückwirkend ab März abzuschöpfen. Klar ist, dass diese Abschöpfung von Erträgen aus der Erzeugung von erneuerbaren Energien so nicht kommen darf, denn die Betreiber der Anlagen sind massiven Kostensteigerungen bei festen und variablen Kosten ausgesetzt und haben Erlöse schon in Anlagentechnik investiert bzw. zur Kompensation der entsprechend höheren Betriebs- und Brennstoffkosten verwenden müssen.

Eine rückwirkende Abschöpfung zerstört ganz eindeutig das Vertrauen von Firmen und Betreibern in die Zuverlässigkeit der Politik. Zusätzlich könnte es zu einer Reduktion der Energieerzeugung sowie zu Anlageninsolvenzen führen.

Da das Konzept des Wirtschaftsministeriums noch nicht final ist und die FDP bereits einschwenkt, müssen diese Pläne nun schnellstmöglich korrigiert und die besondere Situation der Biogasanlagen endlich berücksichtigt werden. Wir brauchen die Stromerzeugung der Biogasanlagen - ein Rückgang ist nicht im Sinne unserer Bemühungen, die Energieerzeugung zu steigern, regionale Fernwärmenetze zu nutzen und unsere Energiressourcen zu diversifizieren!



Bildquelle: Hermann Färber.

Delegationsreise des Agrarausschusses nach Afrika

Mit einer Delegation des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft war ich vom 25. Oktober bis zum 04. November in Kenia und Sambia, die zu den Schwerpunktländern der Zusammenarbeit Deutschlands mit Afrika gehören. In beiden Ländern ist der Agrarsektor der wichtigste Wirtschaftszweig mit großem Entwicklungspotential.

Vor Ort tauschten wir uns mit Parlamentariern, Institutionen, Vertretern der Landwirtschaft und Zivilgesellschaft sowie Unternehmen aus. Besuche von Projekten, die von Deutschland und den Vereinten Nationen (UN) gefördert werden, sowie von landwirtschaftlichen Betrieben standen ebenfalls auf dem Programm. Der Schwerpunkt der Reise lag bei den Auswirkungen des Klimawandels auf die Landwirtschaft, der globalen Ernährungssicherung und der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit. Ein weiterer Fokus lag auf dem Ausbau eines nachhaltigen, produktiven und klimaresilienten Agrarsektors, der Stärkung örtlicher Wertschöpfungsketten in der Lebensmittelproduktion, dem Wassermanagement in der Landwirtschaft und der Entwicklung zukunftsfähiger ländlicher Räume.

Unter anderem besichtigten wir verschiedene landwirtschaftliche und lebensmittelverarbeitende Betriebe, eine Blumenfarm sowie ein Maschinenringprojekt, über das der Zugang zur Nutzung von Technik möglich gemacht wird, damit die Bauern den Boden lockern und bearbeiten können. Viele Kleinbauern, die rund 70 Prozent der Lebensmittel erzeugen, haben sonst keine Möglichkeit, Geräte oder Maschinen zu beschaffen. Das dort bisher am meisten genutzte Gerät zur Bodenbearbeitung ist die Hacke.

Der Austausch vor Ort war hochinteressant, ermöglichte mir viele neue Erfahrungen und hinterlässt bei mir einen bleibenden Eindruck..





Auszüge aus meinem Terminkalender

Sitzungswochen in Berlin

21. - 25. November 2022

28. November - 02. Dezember 2022

12. - 16. Dezember 2022

Delegationsreise des Agrarausschusses

13. - 18. November 2022: Spanien

Terminvorschau

12. November: Hauptversammlung von Schwabenkitz e.V. in Göppingen

12. November: Hauptversammlung Chorverband in Göppingen

24. November: Unions-Talk-Agrar mit Dr. Martin Frick, Direktor des UN World Food Programmes, in Berlin

26. November: Weinprobe der Mittelstandsvereinigung (MIT) der CDU Göppingen in Bad Überkingen

Links

Zu meiner Homepage gelangen Sie hier: www.hermann-faerber.de

Pressemitteilungen

Die aktuellen Pressemitteilungen finden Sie ebenfalls auf meiner Homepage.

Kontakt

Wahlkreisbüro

Heidenheimer Straße 68, 73079 Süßen

Telefon: 07162 3057057

Berliner Büro

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 22 77 36 58

Email: hermann.faerber@bundestag.de